

Rechenschaftsbericht der BmU 2025/2026



- Analyse der Kommunalwahl 2025
- Die Arbeit des neuen Rates
- Haushaltssicherung - Erkrath aktuell ohne Haushalt
- Schulneubauten Rankestraße und Johannesschule
- Mobilität
- Fernwärme
- Arbeit des Vereins BmU e.V.

Stand 18.05.2026

Analyse der Kommunalwahl 2025

Der BmU-Wahlkampf 2025 war der engagierteste, den wir je gemacht haben.

Das war Teamarbeit. - Ein Dank gilt dem ganzen Team für:

- Bereitschaften zur Kandidatur für Rat und BM-Amt
- Beiträge im BmU-Forum/ auf Fraktionssitzungen
- Erarbeitung von Programm, Flyern...
- Mitarbeit an den Ständen
- Verteilaktionen
- Plakat-Installation
- u.v.a.m.

Aufwändiger (Material) und intensiver (Personal) als alle Wahlkämpfe zuvor.

Leider war das Wahlergebnis allerdings mit 9,3% (minus 2,6%) und nur noch 5 Mandaten enttäuschend. Selbstkritisch ist festzustellen: Wir haben unsere Ziele klar verfehlt.

Wie zu erwarten ein Erstarken Rechts, aber nur eine kleine Steigerung für die Linke. Obwohl beide keine konkreten Ideen für Erkrath haben.

In der Vergangenheit haben uns wohl auch Unzufriedene gewählt, die nun die AfD gewählt haben.

Eine Analyse:

- In Erkrath gab es im Wahlkampf kein kommunalpolitisch kontroverses Thema, mit dem die BmU besonders hätte auffallen können, wie in anderen Kommunen.
- Das Thema Finanzen greift nicht und ist für viele zu komplex.
- Fernwärme betrifft zwar viele in Hochdahl, aber wir haben das Thema etwas an die Grünen verloren und konnten auch hier wohl nicht viel punkten. Trotz eines großen Einsatzes für Millrath (Hasenwiese, Kattendahler, Fernwärme), verlieren wir dort wohl auch in Richtung AfD.
- In Alt-Erkrath sind wir mit wenig Ausnahme schwach. Unterfeldhaus hat auch deutlich

verloren, evtl. eine Reaktion auf die Fahrradstraße.

-Der Bürgermeister kann für sich und die CDU seinen Amtsbonus nutzen. Er konnte sich immer wieder als der Kümmerer zeigen. Der Schulbrand hat ihm klar genutzt, unabsichtlich wurde er von Eltern in Schreiben an die gesamte Schulelternschaft gefeiert. Die Leute honorieren den Eindruck, dass die CDU etwas „bewegt“ (Feuerwache), die Folgen sehen bzw. verstehen sie nicht. Siehe auch Monheim, dort wählen immer noch 35% PETO, die schönen Geschenke wirken mehr als das Finanzdesaster.

-Es reichen einige Plakate mit der Aufschrift Tierschutz (ohne jeglichen Bezug zu Erkrath, gesteuert von einem ehem. Neonazi aus Düsseldorf) aufzuhängen, ohne sonstigen Wahlkampf, und kann 1 Mandat gewinnen. Die einfache Botschaft zieht.

-Oder man benötigt überhaupt kein Programm (SPD) oder nimmt das von 2020 (CDU). Ein Programm für Erkrath bis 2030 hatten nur Grüne, FDP und wir, also noch nicht einmal 30%.

-Und das Thema Umwelt und Klima ist insgesamt dramatisch aus den Köpfen verschwunden, die Grünen mussten auch im Trend noch größere Verluste hinnehmen.

-Ausgezahlt hat sich für CDU und SPD ein umfangreicher Haustürwahlkampf.

-Der Großteil der Wählerschaft hat nicht den Einblick in die Einzelheiten und die Gesamtlage in Erkrath, ist uninformiert, oft uninteressiert, leicht beeinflussbar.

-Unsere Sachorientierung ist inhaltlich völlig richtig und wichtig für Erkrath, aber bringt nur wenig im Wahlkampf.

Selbstkritisch müssen wir auch eigene Fehler sehen:

-Unsere Ehrlichkeit hat uns beim wahl-o-mat massiv geschadet und wurde z.T. als arrogant und besserwisserisch interpretiert.

-Wir sind zu kompliziert und überladen in Texten und Plakaten. Wir haben viele gute Ideen, aber schätzen falsch ein, ob diese verstanden werden (pinkes Fahrrad, Nachbarschaften).

-Unsere SocialMedia-Präsenz reicht nicht aus, andere kommen mittels professionellen Videos mit selbstdarstellenden Inhalten, bei denen man es nicht immer genau mit der Wahrheit nimmt, zu mehr Akzeptanz. Aber es bleibt die Frage, ob wir uns so verdrehen können und wollen.

Bis heute sind wir an dieser Stelle auch noch nicht weitergekommen.

Trotz einer großen Enttäuschung wird die BmU auch weiterhin auf ihren Kurs der Sachpolitik und Transparenz setzen.

Die Arbeit des neuen Rates

Nur die BmU hat gegen die Einführung einer interfraktionellen Runde gestimmt, da diese nicht öffentlich und ohne Protokoll tagt. Die BmU hat nichts gegen Treffen der Fraktionsvertreter bezüglich rein organisatorischer Fragen oder bei Notfällen. Inhaltliche Vorbesprechungen im Rahmen einer interfraktionellen Runde stehen gegen das Prinzip der

Transparenz, Inhalte sind aus Sicht der BmU ausschließlich in den öffentlichen Ausschusssitzungen zu diskutieren. In den 70er Jahren war das Geklüngel des „Ältestenrates“ eigentlich abgeschafft worden.

Die BmU hat ebenso Kritik an der Erhöhung des Sockelbetrages für die Arbeit der Fraktionen von 2000 auf 3000 Euro geübt. Und dass auch weiterhin in der GO keine Verbindlichkeit der rechtzeitigen Vorlage der Niederschrift (des Protokolls) eingefügt worden ist.

Auch hält sie die rechtlich vorgegebene Erhöhung der Strafen bei Verfehlungen von 250-1000€ bzw. den Ausschluss von bis zu 5 Sitzungen für übertrieben.

Erkrath in der Haushaltssicherung – und aktuell ohne Haushalt

Wie die BmU schon lange gewarnt hatte: Erkrath geht in die gezwungene Haushaltssicherung. Die Vorgabe ist dabei, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit dann nach 10 Jahren ein komplett ausgeglichener Haushalt, ohne jegliche Buchungstricks, vorgelegt werden kann. Die Haushaltsführung wird dann von der Aufsichtsbehörde kontrolliert, die sogenannten „freiwilligen“ Leistungen stehen somit auf der Kippe, werden dann i.d.R. wohl gekürzt bzw. gestrichen werden: so z.B. Zuschüsse an Vereine und für soziale Projekte, Vergünstigungen in der Kinderbetreuung, Mittel für VHS, Bibliotheken, Jugendmusikschule. Die Diskussionen der letzten Wochen haben das eindrucksvoll gezeigt.

Wobei sich hier durchaus die Frage stellt, warum man die Haushaltssicherung nicht auch schon früher begonnen hatte. Viele Jahre hatte die BmU immer wieder ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept gefordert. Dieses wurde nicht konstruktiv angegangen, deutliche Hinweise eines Gutachters wurden von der CDU-SPD-Ratsmehrheit ignoriert. Mehr als eher lustlose Überlegungen zu einer „Haushaltsoptimierung“ kam dabei aber leider nicht heraus. Was jetzt kommt, wird heftiger. Jetzt verliert die Stadt ihre Handlungsfähigkeit.

Es ist richtig, dass die Politik von Bund und Land, die den Kommunen viele Aufgaben ohne eine ausreichende Gegenfinanzierung übertragen, einen Anteil an dieser Situation hat. Altschuldenentlastungsgesetz und Infrastrukturzuschuss (17 Mio. auf 12 Jahre verteilt) sind da noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Allerdings muss die Erkrather Haushaltsführung der letzten Jahre deutlich mehr kritisch in den Blick genommen werden. Der Aufwand steigt immer mehr, besonders u.a. in Bauunterhaltung, Schuldorf und Neubau Rankestraße und Johannesschule, Personal, Jugendhilfe, Zinsaufwand. Dazu kommen die Abschreibungen und Zinslasten für die z.T. zu üppig geratenen Neubauten Feuerwehr, Gymnasium Erkrath, Campus Sandheide sowie für die Corona-Verluste ab 2026 (10 Millionen Euro in 2026 und 23 Mio. über 20 Jahre verteilt).

Deftige Steuer- und Gebührenerhöhungen sind die Folge. Die 21%ige Erhöhung der für alle bedeutsamen Grundsteuer B von 808 (2024 bereits um 25% erhöht) auf 980 v.H. fällt aus

Sicht der BmU zu heftig aus. Einerseits verursacht durch die neue Bundesgesetzgebung bei der Grundsteuer (mit irrsinnigem Verwaltungsaufwand) und da eine bisher vorgesehene unterschiedliche Einordnung von Wohngrundstücken und Nichtwohngrundstücken womöglich nicht zulässig ist. Andererseits aber auch gerade durch die beschriebene desaströse Finanzpolitik der Stadt.

Das Aufstöhnen der Bürgerschaft ist zu erwarten, aber die Wählerschaft hat diese Ratsmehrheit so bestimmt.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer von 420 auf 450 v.H. ist auf den ersten Blick angesichts einer Reduktion der Grundsteuer auf Nichtwohngrundstücke von 1340 auf 980 Punkte zwar nachvollziehbar. Allerdings ist dies aus Sicht der notwendigen Neuansiedlung von Gewerbebetrieben absolut kontraproduktiv. Die BmU bleibt dabei: Wir brauchen neues steuerstarkes Gewerbe, dafür sind wir den Kompromiss eingegangen, einen Teil der Neanderhöhe als Gewerbegebiet auszuweisen. Jetzt darf man Premium-Gewerbe nicht durch eine Steuererhöhung verschrecken, welche von CDU, SPD und Grünen beschlossen wurde.

Beim Thema Gebühren spricht sich die BmU für vernünftige, notwendige und insbesondere regelmäßige Anpassungen aus, aber gegen das jetzige Prozedere: Für das Jahr 2025 hatte die Stadt weitestgehend auf Gebührenanpassungen verzichtet – eben vor der Wahl. Nach der Wahl fallen jetzt die Gebührenerhöhungen dafür umso heftiger aus.

So erhöhen CDU und SPD die Tarife bei Straßenreinigung und Winterdienst z.T. um bis zu 62%, konkret bei „Straßenreinigungsgebühr plus Winterdienst für eine Erschließung des Grundstückes“ von 0,0922 auf 0,1301 € je qm Grundstücksfläche. Diese Steigerung um 41% trifft viele, im Vergleich dazu steigen sie in Düsseldorf um 3,1%.

CDU, SPD und Grüne lassen auch die Friedhofsgebühren massiv steigen, u.a. das häufig gewählte Urnengrab im Reihengrab um etwa 50%!

Und weiterhin werden die Gebühren für die Wochenmärkte nach Beschluss von CDU, SPD und 5 Stimmen der AfD angehoben, in Alt-Erkrath von 2,12 auf 2,59 und in Hochdahl von 3,57 auf 4,30 Euro pro laufendem Meter Stand. Hier sieht die BmU die Gefahr, dass Marktstände abwandern und die Märkte an Attraktivität verlieren könnten.

Für die BmU ist es selbstverständlich, dass alle Beratungen hinsichtlich der Haushaltssicherung (über Sparmaßnahmen bei freiwilligen Leistungen, Steuererhöhungen usw.) öffentlich geführt werden müssen. Besprechungen in einer nicht-öffentlichen interfraktionellen Runde bzw. Finanzkommission – noch dazu ohne Vorlagen und Protokolle – sind der falsche Weg. Allerdings sieht aktuell nur die BmU die interfraktionelle Runde bzw. Finanzkommission kritisch.

Alle Beratungen müssen aus unserer Sicht in den satzungsgemäßen Gremien (nach Gemeindeordnung) erfolgen, sprich öffentlich in den Fachausschüssen, im Haupt-/Finanzausschuss und im Rat.

Es ist mehr als fraglich, ob Erkrath in der Lage sein wird, die absehbare Haushaltslücke von 18-24 Millionen Euro zu stopfen, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Die Maßnahmen dazu dürfen nicht hinter verschlossenen Türen geschehen. Die schmerzhaft

Wahrheit muss transparent und ehrlich gesagt werden, am besten von denen, die dieses Dilemma verursacht hatten.

Der Antrag der BmU für einen öffentlichen Finanzausschuss als Unterausschuss des Haupt- und Finanzausschusses wurde von CDU, SPD, TierschutzFDP und AFD abgelehnt.

Die aktuelle Situation: Erkrath ohne Haushalt – CDU stimmt im Rat anders als im HFA gegen den eigenen Haushalt - Die Diskussionen gehen nun in die nächste Runde

Nach über vier Stunden Ratssitzung kam es am 12.05.2026 nicht mehr zu den Haushaltsreden und einer grundsätzlichen Aussprache zum Haushalt 2026/27.

Bei der vom Bürgermeister in 3 Minuten durchgezogenen Abstimmung votierte nur die SPD für den in den Ausschüssen bearbeiteten Haushaltsplan. Überraschend das Nein der CDU, die im Haupt- und Finanzausschuss noch mit Ja gestimmt hatte.

So übernimmt nur eine der Verursacher-Fraktionen Verantwortung für die desaströse Finanzlage der Stadt.

Es stellt sich die Frage nach der Motivation der CDU. Will man durch Wiederberatungen unliebsame Entscheidungen doch noch umändern und ein brutales Sparen durchsetzen? Oder ist dies ein offener Affront gegen die SPD oder gegen die Verwaltung und CDU-Bürgermeister Schultz, der an anderer Stelle die Aussage tätigte, dass er in einem möglichen neuen Rathaus sowieso nicht mehr sitzen würde?

Man ist erstaunt und muss auf die Wiederberatungen in den Ausschüssen und im Rat gespannt sein.

Erstaunlich auch und m.E. nicht angebracht die offen ausgesprochenen Drohungen des Kämmerer, ab morgen die „Daumenschrauben“ anzuziehen, welche der Bürgermeister unterstützte.

Für die BmU ist der vorgelegte Haushaltsplan aus diversen Gründen nicht tragbar.

Mehr dazu zum einen in der Haushaltsrede von BmU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Osterwind. ([2026-05-haushaltsrede.pdf](#))

Oder zum anderen in den folgenden beispielhaften Diskussionspunkten aus der Ratssituation.

Haushalt 2026/2027

Stellenplan

Es gibt Stellenmehrungen, die notwendig (z.B. Rettungskräfte) und auch effektiver bzw. kostengünstiger (eigene Putzkräfte, IT) sind. Die Hauptkritik und Ablehnung der BmU bleibt aber, dass Erkrath weiterhin mit drei (kostenintensiven) Beigeordneten plant. Dass ist für eine Kommune von 47.000 Einwohnern einfach zu viel.

BmU: Kindertreff erhalten

Gegen die Sparpläne der Verwaltung, den Kindertreff zu schließen, hat sich die BmU mit Grünen und Linke grundsätzlich ausgesprochen. Das Angebot ist sinnvoll für viele Familien, die (noch) keinen ganzen Kita-Platz beanspruchen wollen. Der Zuschuss der Stadt ist mit etwa 60T € relativ gering und wird sich weiter reduzieren, wenn man die finanziellen Initiativen des Fördervereins (in kurzer Zeit Zusagen über 17T €) sieht, diese sind beispielhaft und vielversprechend. Mit dieser Perspektive sollte aus Sicht der BmU der Kindertreff erhalten bleiben.

Eine Mehrheit konnte aber nur mit der SPD dafür erreicht werden, den Kindertreff kurzfristig zu erhalten. Diese hat die Forderung eingebracht, dass der Kindertreff schon bis Februar 2027 ein auskömmliches Finanzkonzept darlegen muss.

Das Thema wird uns weiter beschäftigen.

BmU: Keine Komplettstreichung der Gelder für den Freundeskreis für Flüchtlinge

Der Freundeskreis für Flüchtlinge hat bereits seinen Standort an den Hochdahl Arcaden gekündigt und wird ins Forum Sandheide ziehen, um diese Kosten einzusparen. Gegen eine Streichung der kompletten Förderung und für eine Halbierung auf 25T € hinsichtlich von Personalkosten haben sich nur Grüne, Linke und BmU ausgesprochen.

Der Verein macht eine wertvolle Arbeit mit seiner Beratungsarbeit von Flüchtlingen und sozial-schwachen Mitbürgern und entlastet so die Stadt massiv. Dies wollten wir weiter unterstützen, da besonders für diese Personengruppen massive Grundsteuererhöhungen kaum tragbar sind.

Kürzungen bei den Bibliotheken

Der Antrag der TierschutzFDP, einen Standort der Bibliotheken komplett zu schließen, fand, unterstützt von der CDU, keine Mehrheit. Eine Kürzung von Öffnungszeiten und Personal wurde dann von CDU, SPD, TierschutzFDP, AfD angenommen.

Auch diese Diskussion zeigt das große Finanzproblem der Stadt. Der Reduzierung der Öffnungszeiten wäre die BmU noch gefolgt, aus Sicht der BmU schmerzhaft, aber angesichts der Lage und der Nutzungssituation nachvollziehbar. Einer Kürzung des Personals sieht die BmU aber nicht, gerade um die bislang häufigen Schließungen durch Personalausfälle zu vermeiden. Das Angebot ist wichtig, gerade angesichts der aktuellen Bildungsdebatte und Digitalisierungsproblematik.

Bürgerhaus – Abriss oder Erhalt?

Die Diskussion über Erhalt oder Abriss (ab etwa 2030) des Bürgerhauses zeigt die Extreme in den Diskussionen auf und die Unlösbarkeit eines gordischen Knotens.

Fakt ist, dass das Bürgerhaus jährlich hohe Kosten (Betrieb 417-477 T €) verursacht und in Teilen nur schlecht genutzt ist.

Fakt ist, dass das Bürgerhaus einen prägenden Charakter für den Ortsteil hat.

Fakt ist auch, dass zumindest eine Brandschutzsanierung unumgänglich ist. Mit energetischer Sanierung ist mit 20 Millionen Euro zu rechnen und somit hohen Zinszahlungen (bei 4% etwa 800T € jährlich).

Fakt ist, dass vor Jahren eine bezuschusste Sanierung nicht erfolgt ist, da die Stadt die Fristen des Genehmigungsbescheides aufgrund von festgestellten weiteren Mängeln nicht einhalten konnte.

Und Fakt ist, dass das Bürgerhaus das Planetarium, eine Bibliothek, den gut besuchten Jugendtreff des TSV und weitere Angebote (AWO, Kindertreff) beherbergt. Für die bislang weder bei Sanierung noch bei Abriss eine alternative Unterbringung zur Verfügung stünde. Für das Planetarium sieht es in beiden Fällen düster aus.

Schwer nachzuvollziehen, dass das Bürgerhaus angesichts von Neubau- oder Sanierungskosten als Einsparpotential in der Haushaltssicherung geführt wird. Die bisherigen Überlegungen sind aus Sicht der BmU unvollständig. Es müssen alle Zahlen auf den Tisch, wie schon im HFA beschlossen. Wir müssen auf beides sehen und abwägen: Modell Sanierung und Modell Neubau bzw. Umsiedlung der Nutzer.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist daher aus Sicht der BmU eine Grundsatzentscheidung für Abriss (Verwaltung, CDU) oder Erhalt (Linke, Grüne) nicht fassbar. Furchtbar die Schärfe in der öffentlichen Diskussion angeheizt durch Grüne und Linke.

Angenommen wurde im Rat gegen die Stimmen der CDU und 1 AfD, dass die genauen Zahlen ermittelt werden. Abgelehnt die Forderung von Grünen/Linke, das Bürgerhaus grundsätzlich aus dem Haushaltssicherungskonzept zu nehmen, zumindest die Energiekosten dürfen bei keiner Alternative so hoch bleiben wie bisher.

Zusammengefasst: Die Finanzen der Stadt sind zerrüttet

Die meisten Parteien wollten dem jahrelang vorgetragenen Appell der BmU nicht folgen, rechtzeitig eine freiwillige Haushaltssicherung umzusetzen.

Um in 10 Jahren wieder zu einer schwarzen Null zu kommen, müssen etwa 20 Millionen € jährlich eingespart werden bzw. Mehreinnahmen erzielt werden. Und hier sind die Kosten der Schulneubauten Rankestraße und Johannesschule noch nicht einkalkuliert. Die aktuellen Grundsteuererhöhungen sind nur laue Vorboten.

Und der Ansatz der Verwaltung, durch ein neues zentrales Rathaus angeblich viele Millionen jährlich zu sparen, erscheint noch zu unsicher, um ein Einsparvolumen zu definieren.

Die BmU stellt fest, dass bislang kein klarer Verwaltungsvorschlag über ein komplettes Haushaltssicherungskonzept mit realistischen Zahlen vorliegt. Besonders engagiert werden offenbar Streichung von Maßnahmen betrieben, die ehemals gegen Verwaltungsempfehlungen und gegen die Auffassung der CDU erreicht wurden.

Teilweise werden Spar-Vorschläge nur scheinbar unterbreitet, so z.B. erst 24 Stunden vor der Ratssitzung. Das ist kein vernünftiger Weg.

Leider ist der Antrag der BmU abgelehnt worden, einen gemäß der Gemeindeordnung öffentlich tagenden Finanzausschuss einzurichten, der die Prioritäten der Entscheidungsfindung nachvollziehbar gemacht hätte. Wir bieten mangels eines

transparenten Gremiums des Stadtrates gerne die Zusammenarbeit in unseren Fraktionssitzungen - das kann auch gerne in Kooperation mit anderen Fraktionen geschehen - an. Ziel ist, transparent zu machen: Welche alternativen Sparmöglichkeiten es gibt. Welche Mehreinnahmen generiert werden können. Wie diese Möglichkeiten im Vergleich zu den sozialen Einschnitten zu priorisieren sind.

Die vorgelegte Sparliste hatte viele Bürgerinnen und Bürger aufgerüttelt, Familien und Vereine waren sogar „auf die Straße gegangen“. Hinter verschlossenen Türen waren dann in der sogenannten „Finanzkommission“ zwar viele Sparvorschläge wieder gestrichen worden, aber es muss allen klar sein, dass alle „freiwilligen“ Leistungen im Rahmen der Haushaltssicherung immer wieder auf der Kippe stehen werden. Spätestens, wenn diese Haushaltssicherung scheitert, und dies ist jetzt erst mal der Fall, befindet sich Erkrath im Nothaushalt und Verwaltung und Rat verlieren die Handlungsfähigkeit an die Aufsichtsbehörde, die dann die freiwilligen Leistungen (Zuschüsse an Vereine, Seniorenbegegnungsstätten, Demenznetzwerk, VHS, Bibliotheken, Musikschule usw.) streichen und auf deutlich höhere Entgelte z.B. bei der Kinderbetreuung in Tagespflege, Kita oder OGS drängen wird.

Die BmU hat das Thema der Finanzen seit ihrer Gründung 1988 stets oben auf ihrer Agenda, ein Thema das aber gerne ignoriert wird und einen nicht beliebt macht.

Seit vielen Jahren hat sie vor der verheerenden Finanzsituation gewarnt, eine von ihr initiierte freiwillige Haushaltssicherung war nie von Verwaltung und Ratsmehrheit unterstützt worden und gescheitert. Auch wurden Hinweise eines Gutachters insbesondere hinsichtlich überdimensionierter Bauprojekte nicht beachtet.

Zudem hatte die BmU mit ihrer Zustimmung zum Kompromiss, auf einem Teil der Neanderhöhe Gewerbeflächen zu schaffen, die Ansiedlung von gewerbesteuerstarken Firmen ermöglichen wollen. Die Umsetzung muss jetzt erfolgen, wir hoffen, dass sich die Firmen von den Verhältnissen in Erkrath nicht abschrecken lassen.

Gestern stand Erkrath finanziell am Abgrund. Jetzt sind wir einen Schritt weiter. Die BmU lehnt die nicht-öffentliche interfraktionelle Runde und Finanzkommission ab, zu der sich die anderen Ratsfraktionen lieber treffen.

Um die Haushaltssicherung zu schaffen und die freiwilligen Leistungen in den sozialen, familiären und ökologischen Bereichen erhalten zu können, sieht die BmU nur eine Lösung: Alle müssen ganz offen und ehrlich an einen Tisch: Was ist uns wichtig? Was müssen wir dafür tun? Allen muss klar sein, alle werden verzichten und gleichzeitig mehr leisten müssen. Das ist schmerzhaft und wird große Kritik hervorrufen. Spätestens in 10 Jahren muss der Haushalt plus-minus-null sein, wir können nicht mehr warten, wir müssen handeln und brauchen jede Idee.

Schulneubauten Rankestraße und Johannesschule

Das größte Sachthema der letzten Monate war das Thema der Schulneubauten an Rankestraße und der Johannesschule.

Es ist offensichtlich, dass der Brand des **Schulzentrums Rankestraße** vermeidbar gewesen wäre, hätte man auf den Brand 2023 richtig reagiert. Ein Antrag der BmU hat sich auch explizit mit der Sicherheit anderer Solaranlagen auf öffentlichen Dächern beschäftigt und einige dringliche Maßnahmen ins Rollen gebracht. Dabei geht es uns eben nicht um einen Kampf gegen Solarstrom, sondern um die Sicherheit für Menschen und Gebäude.

Die Fachabteilungen der Verwaltung haben in der Notsituation gut gearbeitet, eine schnelle alternative Beschulung in Benrath organisiert, die Errichtung eines Übergangsschuldorfes auf dem Sportplatz Rankestraße und die ersten Planungsschritte für einen Wiederaufbau in Gang gesetzt.

Allerdings war es sehr ärgerlich, dass der im Wahlkampf noch groß für Februar angekündigte Bezug des Schuldorfes auf Sommer 2026 verschoben werden musste, da man die Vergabe einer vorhabenbezogenen Genehmigung durch das Landesbauministerium falsch eingeschätzt hatte. Alles zu Lasten von Kindern, Lehrkräften und Eltern.

Die BmU hat sich jeweils für eine schnelle Lösung für das Übergangsschuldorf und den Wiederaufbau von Realschule und Gymnasium Hochdahl ausgesprochen. Verzögernde Anträge hat sie abgelehnt. Klar war unsere Distanzierung von Ansätzen u.a. der Linken, die Planung des Wiederaufbaus mit der Gesamtschuldiskussion zu verknüpfen. Priorität hat für uns, dass die Schulen schnellstmöglich in den Neubau einziehen können. Wie schön häufiger ausgeführt, würde eine Gesamtschule in Erkrath zur Schließung mehrerer Schulen führen, die vielfältige und gute Schullandschaft würde dezimiert und bei einem anzunehmenden Szenario Gymnasium in Alt-Erkrath - Gesamtschule in Hochdahl ein riesiger und teurer Pendelverkehr entstehen. Keine sinnvolle Lösung für Erkrath.

Der Wiederaufbau der abgebrannten Schulen an der Rankestraße Hochdahl stellt notgedrungen die größte Investition dar, die die Stadt jemals leisten musste. Zunächst erstaunt ein 53%iger Flächenmehrbedarf, der allerdings aus Gründen heutiger pädagogischer Anforderungen (Cluster-Konzept; Räume für Inklusion, Ganztags, Differenzierung) auch aus Sicht der BmU notwendig ist. Ziel ist ein attraktiver und zukunftstauglicher Standort.

Eine erste Kostenschätzung in einer ersten Vorlage mit etwa 10.000 € pro qm lässt allerdings zusammensucken, da bei anderen komplexen Schulneubauten im Schnitt 6000 bis 8000 € kalkuliert werden. Eine Vorabdiskussion über eine Modulbauweise, auch durch eine ausführliche Darstellung durch einen Erkrather Bürger, führte dann aber auch dazu, dass die Stadt erklärt hat, dass in den Vergabekriterien ausdrücklich auch die Modulbauweise möglich ist. Wie auch in der Fachzeitschrift „Der Gemeinderat“ immer wieder berichtet, bietet diese Bauweise die Chance Projekte günstiger und schneller umzusetzen.

In der Abstimmung hat die BmU zusammen mit Grünen und Linke erfolglos für den Energiestandard 40 gestimmt, wie er auch bei den Projekten GymNeander und Campus Sandheide angewendet wird. Die 3%igen Mehrkosten würden sich aus Sicht der BmU angesichts des 25%igen Energiemehraufwandes beim jetzt gewählten Standard 55 durchaus rechnen, insbesondere wenn man von immer weiter steigenden Energiekosten ausgehen muss.

Zudem hätte sich die BmU auch alternativ zur Fernwärme die Verwendung der Wärmepumpe vorstellen können, da dies auch in Hitzeperioden zur Kühlung hätte beitragen können.

Nun wird eine Ausschreibung vorbereitet, um ein Totalbauunternehmen für die Umsetzung zu finden.

Und auch der **Neubau der Johannesschule** ist unumgänglich. Hier rächt sich, dass Erkrath über viele Jahre die Sanierung der Schulgebäude stiefmütterlich behandelt hat. Obwohl von der BmU bereits 2017 durchgesetzt, liegt eine Analyse des technischen Zustandes der Schul- und Kita-Gebäude und ein daraus resultierendes Sanierungskonzept bis heute nicht vor.

Die in der Johannesschule entdeckten Schäden in der Betonkonstruktion sind so massiv, dass eine Sanierung der Johannesschule laut Gutachter zwar durchaus möglich wäre, aber mehrere Nachteile beinhalten würde: u.a. würde eine Verstärkung der Decken von 10 auf 16 cm und der Säulen zu weniger nutzbaren Flächen führen und sie wäre am Ende sogar teurer, da zudem eine energetische Sanierung gesetzlich notwendig würde.

Auch stellt ein Gesamtneubau aus Sicht der BmU angesichts moderner pädagogischer Konzepte und Notwendigkeiten (u.a. Inklusion und Differenzierung), der OGS-Kapazität sowie der Langlebigkeit des Gebäudes die bessere Variante dar.

Die Mehrheit des Rates hat sich für den Neubau ausgesprochen. Gegen eine schnelle Umsetzung stimmten allerdings Grüne, Linke, TierschutzFDP sowie einige Mitglieder der SPD.

Bis dahin werden auch diese Kinder in einer Container-Übergangslösung unterrichtet.

Mobilität

Erkrath macht keine Fortschritte, eher Rückschritte: So ist der Testlauf Fahrradstraße auf dem Millrather Weg vorzeitig abgebrochen worden. Bemerkenswert ist, dass die CDU hier bewusst eine Mehrheitsbildung mittels AFD und TIERSCHUTZFDP eingegangen ist, dazu CDU-RM RM Hengstermann: „Wer dazu zustimmt, ist uns egal.“

Zusammen mit SPD und Grünen hat die BmU erfolglos den Verwaltungsvorschlag unterstützt, den Verkehrsversuch mit Verbesserungen weiterzuführen.

In der Willbeck und am Hackberg wird es keine Mobilfunkverbesserung geben. Man hat zugelassen, dass die Telekom nur die Mobilfunkversorgung der Eisenbahnstrecke verbessert. Eine Entscheidung durch CDU und SPD.

Fernwärme

Die BmU hat sich erfolglos dafür eingesetzt, dass der Jahresüberschuss der Stadtwerke, der maßgeblich im Fernwärmebereich entstanden ist, vollständig für Investitionen genutzt wird. Die Stadtwerke benötigen dieses Geld, zumal vor einigen Jahren schon einmal eine bestandsgefährdende Risikolage konstatiert worden war. Ansonsten subventionieren die Fernwärmekunden sehr einseitig den Haushalt der Stadt und zahlen dann später wieder diese Summe für notwendige Sanierungen und Transformationen. Von fairen Fernwärmepreisen, die die BmU seit vielen Jahren anmahnt, sind wir weit entfernt. Für die Verwendung von 1,5 Mio. für den städtischen Haushalt stimmten CDU, SPD und FDP. Der BmU-Kompromissvorschlag, die Summe auf 500.000 € zu reduzieren, wurde abgelehnt.

Desweiteren wurde gegen die BmU beschlossen, dass neue Erdgas-Blockheizkraftwerke in Kombination mit Solarthermie installiert werden. Der Ansatz der Geothermie wird somit immer unwahrscheinlicher.

Eine Hoffnung für die Fernwärmekundschaft liegt so nur noch auf der Nutzung der Auskopplung von Abwärme aus Rechenzentren.

Dies als ein Blick auf die zentralsten Inhalte aktuell. Für weitere Themen siehe auch die Homepage bmu-erkrath.de.

Die Arbeit des Vereins BmU e.V.

Die Ratsfraktion wird durch den Verein unterstützt.

So arbeitet die BmU aktuell an den Themen Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Strategie.

Wir haben uns an einigen Stadtteilstesten u.a. mit Aktionen für Kinder beteiligt und beim Dreck-weg-Tag wieder einigen Straßenschilder zum „Durchblicken“ verholfen.

Die Ausbildungsbörse, die Marc Hildebrand seit einigen Jahren erfolgreich organisiert, haben wir durch Übernahme der Mietkosten der Stadthalle ermöglicht.

Wir machen weiter:

Geplant sind weitere Stände und Veröffentlichungen, sowie Stammtische in den Ortsteilen.

Die Arbeit im Bereich Social Media soll verstärkt werden. Wir sind zwar auf diversen eigenen Kanälen präsent, die Erkrather Foren können wir aber nur bedingt verfolgen und beackern. Klare Dominanz anderer. Hier liegt unsere große Schwäche weiterhin.

Dazu gehört auch, dass wir uns mit dem Thema Video-Produktion beschäftigen müssen. Hier besteht noch viel Verbesserungsbedarf. Hier fehlt Personal und Expertise. Nutzer erwarten Professionelleres, Inhalt und Fakten sind da für viele eher nebensächlich. Kurze Videobotschaften, nur wenige Inhalte, das fällt uns schwer.

Mitgliederwerbung

Wir sind sehr dankbar, dass wir in den letzten Jahren sehr gute Neumitglieder haben gewinnen können.

Insgesamt dürfen es aber auch noch mehr werden, insbesondere aus den jüngeren Generationen.

Im Wahlkampf gab es fast keine Neumitglieder.

Auch dies soll mit in die strategischen Überlegungen einbezogen werden.

für den Vorstand

Christian Ritt

Vorsitzender BmU e.V.